



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Einleitung

Schefczyk, Michael ; Schramme, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783050094731-001>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-117481>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas (2015). Einleitung. In: Schefczyk, Michael; Schramme, Thomas. John Stuart Mill: Über die Freiheit. Berlin: De Gruyter, 1-10.

DOI: <https://doi.org/10.1515/9783050094731-001>

Michael Schefczyk und Thomas Schramme

1 Einleitung

John Stuart Mill gehört zu den wichtigsten britischen Philosophen. Seine Schrift *Über die Freiheit*, die in diesem Kommentarband ausführlich diskutiert wird, ist ein klassischer Text des Liberalismus – einer politischen Theorie und Praxis, welche den Schutz der Freiheit des Individuums in den Mittelpunkt des staatlichen und gesellschaftlichen Handelns stellt. Für Mill ist das Ziel allerdings keineswegs eine Gesellschaft von unverbundenen Einzelnen, die sich in erster Linie um sich selbst kümmern und soweit wie möglich von anderen unbehelligt ihr Leben führen, sondern eine Gemeinschaft von gegenseitig interessierten und sich helfenden, charakterlich eigenständigen und selbstbewussten Individuen. Unter anderem diese Stoßrichtung, seine Verbindung von liberalen und kommunitären sowie zum Teil sozialistisch anmutenden Elementen, macht seine Schrift für die heutige Zeit so interessant.

Mill war nicht nur theoretisch tätiger Philosoph, sondern auch politisch aktiv. Er war, wie man das heute nennen würde, ein öffentlicher Intellektueller; er mischte sich in gesellschaftliche Debatten ein. Als Mittel der Überzeugung benutzte er ausgiebig die rhetorische Kraft des Wortes. Dies macht sein Werk kraftvoll und entfaltet für den Leser einen unwiderstehlichen Sog, den man insbesondere in seiner Freiheitsschrift spüren kann. All dies macht ihn allerdings auch zu einem beliebten Ziel der philosophischen Kritik, und es ist leider zu vermerken, dass Mill keineswegs immer die Bedeutung zugesprochen wurde, die er verdient. Dieser Band setzt sich zum Ziel, die Leser in unvoreingenommener Weise anhand eines wesentlichen Werks mit einem bedeutenden Sozialphilosophen vertraut zu machen. Dabei orientieren sich die einzelnen Beiträge grundsätzlich an der Kapitelstruktur des diskutierten Werks *Über die Freiheit*, suchen aber darüber hinaus nach Verbindungslinien zu weiteren Werken Mills sowie zu anderen philosophischen Autoren und Strömungen.

1.1 Entstehung und Ziele eines Klassikers

John Stuart Mills *Über die Freiheit* erschien erstmals im Februar 1859, rund drei Monate nach dem Tod seiner Frau in Avignon. Seit ihrer Heirat im Jahre 1851 hatten John Stuart und Harriet Taylor Mill eine enge intellektuelle Arbeitsgemeinschaft gebildet und sich aus dem gesellschaftlichen Leben Londons weitgehend zurückgezogen. Sie besprachen Projekte, tauschten Ideen aus und feilten gemeinsam an Texten. Bei der Freiheitsschrift war ihre Zusammenarbeit nach Auskunft der

Autobiographie besonders eng. Mill berichtet, er habe mit seiner Frau zwei Jahre an dem Werk gearbeitet (*Autobiographie*, AW 2, S. 188; CW I, S. 257), bevor er 1858 seinen Dienst bei der East India Company quittierte. Für den Winter 1858/1859 war eine letzte Revision geplant, zu der es nicht mehr kam. Mill gab das Manuskript ohne weitere Änderung an den Herausgeber John Parker.

Die Schrift *Über die Freiheit* war im unmittelbaren und buchstäblichen Sinne des Wortes mehr unsere gemeinsame Arbeit als irgendetwas, was meinen Namen trägt, denn es ist kein Satz darin, der nicht mehrmals von uns gemeinsam durchgegangen, nach allen Richtungen erörtert und von allen Fehlern, die wir im Gedanken oder in der Diktion entdecken konnten, bereinigt worden wäre. (*Autobiographie*, AW 2, S. 188; CW I, S. 257)

Der Plan zu diesem gemeinsamen Projekt ging auf die Jahre 1854/1855 zurück. Mill, der an Tuberkulose litt, rechnete im Frühjahr 1854 mit seinem baldigen Tod. Im Winter verließ er London Richtung Italien, um eine Besserung seines Gesundheitszustands zu erreichen. Von Rom aus schreibt er im Januar 1855 einen Brief an seine Frau, in dem er auf ihre gemeinsame Idee zu einem Werk über die gesellschaftliche Freiheit zurückkommt:

So viele Dinge könnten darin aufgenommen werden, & nichts scheint nötiger zu sein – und es ist umso nötiger, als die Haltung der Freiheit gegenüber immer mehr zum Negativen tendiert & fast alle Projekte der Sozialreformer heutzutage wirklich *liberticide* sind – Comtes ganz besonders. [...] Wenn sie das auch so sieht, werde ich versuchen, diese Abhandlung im Jahre 1856 zu schreiben & zu veröffentlichen, falls meine Gesundheit das, wie ich hoffe, zulässt. (*Briefwechsel*, AW 1, S. 264–265; CW XIV, Letters 1849–55 [Italien und Sizilien, 1854–55])

Einen Monat später bekräftigt Mill seinen Plan und stellt dem zu schreibenden Buch über die Freiheit eine optimistische Prognose. Je mehr er darüber nachdenke, desto wahrscheinlicher schein es ihm, „dass es gelesen werden und Aufsehen erregen wird“ (*Briefwechsel*, AW 1, S. 271; CW XIV, Letters 1849–55 [Italien und Sizilien, 1854–55]). In dieser Hoffnung sollte sich Mill nicht täuschen. *Über die Freiheit* ist bis heute seine am meisten gelesene Schrift. Die im Brief geäußerte Besorgnis über die freiheitsfeindlichen Tendenzen bei den Sozialreformern, namentlich Comte, äußert er auch in der veröffentlichten Fassung des Freiheitsbuchs. In seinem *System der positiven Politik*, so heißt es, entwerfe Comte eine „Zwingherrschaft der Gesellschaft über das Individuum [...], die alle Entwürfe der starrsten Zuchtmeister des Altertums weit hinter sich lässt.“ (*Freiheit*, AW 3.1, S. 321; CW XVIII, S. 227)

Zwar vertritt Comte, wie Mill weiß, eine philosophische Extremposition ohne akute gesellschaftliche Wirkung. Doch sein Extremismus ist die Zuspitzung der „wachsenden Neigung, die Gewalt der Gesellschaft über den Einzelnen ungebührlich zu erweitern“ (*Freiheit*, AW 3.1, S. 321; CW XVIII, S. 227). Die wachsende

Intensität der Herrschaft der Gesellschaft über die Einzelnen, so glaubt Mill, sei kein Übel, das von selbst verschwinden werde, sondern eines, „das immer gefährlicher zu werden droht.“ (*Freiheit*, AW 3.1, S. 321; CW XVIII, S. 227)

Die Bedrohung der Freiheit geht dabei nicht nur und nicht vorrangig von staatlichen Stellen aus, die strafbewehrte Vorschriften erlassen. Vielmehr sei die soziale Tyrannei am meisten zu fürchten, die „viel tiefer in das tägliche Leben eindringt und die Seele selbst versklavt.“ (*Freiheit*, AW 3.1, S. 310; CW XVIII, S. 219) Die These, dass soziale Kontrolle und Anpassung in der modernen Gesellschaft neue und intensivere Formen der Unfreiheit hervorzubringen drohten, versucht die Freiheitsschrift weder als Befund empirisch zu untermauern noch durch theoretische Überlegungen zu erklären. Ansatzpunkte für letzteres finden sich aber in früheren Schriften Mills, insbesondere in seinem zweiten Artikel zu de Tocquevilles *Demokratie in Amerika* (1840). Wie der große französische Denker ist Mill überzeugt, dass sich die modernen Gesellschaften in einem Prozess der Demokratisierung befinden. Demokratisierung bezeichnet einen Trend zunehmender Gleichheit zwischen den Menschen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, aber auch hinsichtlich ihres sozialen und politischen Status. Als die treibende Kraft der Demokratisierung sieht Mill die vom wissenschaftlich-technologischen Fortschritt bestimmte Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die zu einer Entwertung der Grundlagen ständischer Ordnung, zu einer Ermächtigung des intellektuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unternehmertums und zu einer Intensivierung von Arbeitsteilung und Kooperation führt. Die technologischen Mittel vernetzen und synchronisieren die Mitglieder der Gesellschaft.¹ Zunehmend sind die Einzelnen befähigt, eigene Vorstellung zu entwickeln, öffentlich zu artikulieren, sich zu organisieren und auf die Ausübung politischer Herrschaft einzuwirken.² Demokratisierung im Sinne wachsender Gleichheit muss nach Mill aber weder zwangsläufig in einer demokratischen politischen Ordnung münden, noch in einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich gleichermaßen frei entfalten können. Die Aufhebung der Autorität ständischer Grenzen, vorgegebener Glaubenssätze und althergebrachter Tradition vermag ebenso zu Formen der totalen

1 „The newspapers and railroads are solving the problem of bringing the democracy of England to vote, like that of Athens, simultaneously, in one *agora* [...] and are making us more than ever (what is the first condition of a powerful public opinion) a homogeneous people.“ (*Democracy II*, CW XVIII, S. 165)

2 „It is [...] one of the commonplaces of the age, that knowledge and intelligence are spreading [...]. [...] The knowledge which is power, is not the highest description of knowledge only; any knowledge which gives the habit of forming an opinion, and the capacity of expressing that opinion, constitutes a political power; and if combined with the capacity and habit of acting in concert, a formidable one.“ (*Democracy II*, CW XVIII, S. 165)

Herrschaft führen, in der alle Einzelheiten des Lebens durch Staat oder Partei und eine willig sich einfügende Bevölkerung diktiert werden. Wenn Mill in der *Autobiographie* schreibt, die Freiheitsschrift sei „eine Art Lehrbuch für eine einzige Wahrheit“, nämlich die „Wichtigkeit für den Menschen und die Gesellschaft, dass die Charaktere so verschieden sind und dadurch der menschlichen Natur volle Freiheit gegeben werde, sich in unzähligen und widerstreitenden Richtungen zu entfalten“ (*Autobiographie*, AW 2, S. 189; CW I, S. 258), so geht es nicht nur um die positive Vision einer Gesellschaft, die Diversität und Individualität gutheißt und von beidem profitiert, sondern auch um die Abwendung eines sich als Möglichkeit abzeichnenden massenmedial gleichgeschalteten Totalitarismus.³ Daraus ergibt sich das Ziel der Freiheitsschrift, der Macht von Staat *und* Gesellschaft über die Einzelnen Grenzen zu setzen und die Kräfte individueller Selbstbestimmung rhetorisch und theoretisch zu bestärken.

1.2 Mill und der britische Liberalismus im neunzehnten Jahrhundert

Einer geläufigen Vorstellung zufolge war das neunzehnte Jahrhundert in Großbritannien die Zeit des Manchesterliberalismus. Die Bezeichnung geht auf eine Prägung des späteren konservativen Premierministers Benjamin Disraeli zurück, der die Lehren der Hauptprotagonisten der Anti-Corn Law League, Richard Cobden und John Bright, als „Schule von Manchester“ apostrophiert hatte (Grampp 1960, S. 3). Zwischen 1838 und 1846 verfolgte die „Schule“ offiziell nur ein einziges Ziel: die sofortige Abschaffung der Getreidegesetze. Die gegen die Großgrundbesitzer gerichtete Agitation der Liga war außerordentlich wirksam und trug wesentlich dazu bei, Großbritannien auf die Grundsätze der Freihandelslehre zu verpflichten. Daneben gehörte auch der Kampf gegen die Fabrikgesetze zu deren Anliegen, mit dem die Liga allerdings weniger Erfolg hatte. Dies hing zum einen mit Meinungsverschiedenheiten über die Schutzbedürftigkeit der Fabrikarbeiterschaft zusammen, so dass in der Liga ein einheitlicher politi-

³ Bereits im ersten Artikel zu de Tocqueville von 1835 hatte Mill geschrieben: „The universal aim, therefore, should be, so to prepare the way for democracy, that when it comes, it may come in this beneficial shape; not only for the sake of the good we have to expect from it, but because it is literally our only refuge from a despotism resembling not the tempered and regulated absolutism of modern times, but the tyranny of the Caesars. [...] Where all are equal, all must be alike free, or alike slaves.“ (*Democracy I*, CW XVIII, S. 57)

scher Wille fehlte. Zum anderen musste selbst ein Radikaler, wie Bright, zugestehen, dass ein strikter Anti-Interventionismus in Fällen wie der Kinderarbeit nicht durchzuhalten ist (Grampp 1960, S. 88). Die Zustände in den Fabriken brachten die Minimalstaats-Ideologie an ihre Grenzen. Zwar waren Getreidezölle und Fabrikgesetze gleichermaßen staatliche Eingriffe. Doch die politische Öffentlichkeit war in der Lage und willens, zwischen der Protektion grundherrlicher Interessen und dem Schutz von Fabrikarbeitern einen Unterschied zu machen. Die Differenzierungsarbeit zwischen unterschiedlichen und unterschiedlich guten Gründen staatlicher Intervention begann bereits im neunzehnten Jahrhundert, und insofern ist die Vorstellung, die Minimalstaatsideologie der Schule von Manchester habe seinerzeit die politische Agenda Großbritanniens dominiert, nicht ganz zutreffend. Um die Jahrhundertmitte äußerte der Philosoph und Soziologe Herbert Spencer in seiner Schrift „Over-Legislation“ (1853) sein Unverständnis darüber, dass die Öffentlichkeit ständig nach dem Staat rufe und damit eine immer weitere Ausdehnung seiner Zuständigkeit provoziere – und dies obwohl der Staat sich wieder und wieder als unfähig erweise, die beklagten Probleme effektiv zu lösen, und mit seinem Eingreifen nur private Initiativen und Unternehmen verdränge, die weit besser in der Lage seien, Abhilfe zu schaffen (Spencer 1853/1981, S. 265–329). Der Minimalstaats-Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts war bereits eine Weltanschauung in der Defensive, die sich wütend gegen die Tendenz der Zeit hin zu einem allzuständigen Staat stemmte. Spencers *Social Statics* (1851) war entsprechend kein Ausdruck der herrschenden Staatsideologie, sondern eine das Herrschaftsrecht des Staates in Frage stellende Schrift. Das Grundprinzip besagt, dass jeder Mensch das Recht habe, zu tun, was er wolle, vorausgesetzt, dass die Freiheit anderer nicht eingeschränkt werde (Spencer 1851/1860, S. 103). Dieses Grundprinzip gibt Spencer zufolge den Einzelnen das moralische Recht zum Gesetzesbruch (voluntary outlawry), wenn der Staat die Freiheit über Gebühr einschränke.⁴

Während Spencer den Liberalismus gedanklich in eine anarchisch-revolutionäre Richtung trieb, arbeitete Mill an einem differenzierteren Verständnis staatlicher Machtmöglichkeiten. Die beiden Männer standen in einem freundlichen, wenn auch nicht freundschaftlichen Verhältnis, das getragen war von einer grundlegenden Einigkeit in vielen politischen und philosophischen Angelegenheiten. In einem Brief an Spencer vom März 1859 schreibt Mill, er fühle sich in der Erwartung bestätigt, dass Spencer das Anliegen der Freiheitsschrift von Herzen unterstütze, dass ihm, Spencer, die Arbeit jedoch nicht weit genug gehe (*Brief*

4 „If every man has freedom to do all that he wills, provided he infringes not the equal freedom of any other man, then he is free to drop connection with the state – to relinquish its protection, and to refuse paying towards its support.“ (Spencer 1851/1860, S. 206)

an Spencer, CW XV, S. 603). Die Differenzen, so betont Mill, seien aber aus seiner Sicht Detail- und keine Prinzipienfragen. Keine von Spencers Schriften bewundere er so sehr wie dessen „Over-Legislation“ (*Brief an Spencer*, CW XV, S. 603) So sehr Mill jedoch davon überzeugt war dass die Betroffenen ihre eigenen Angelegenheiten in aller Regel besser regeln können als Bürokratien, weil sie besser informiert und motiviert sind, so sehr sah er auch die Grenzen des minimalstaatlichen Laisser-Faire-Prinzips.

In einem Brief an John Plummer vom Oktober 1863 grenzt Mill seine Position scharf von der Spencers in *Social Statics* ab. Spencer treibe seine Feindseligkeit gegenüber staatlichem Handeln über jedes vernünftige Maß hinaus (*Brief an Plummer*, CW XV, S. 888). Im letzten Kapitel seiner *Prinzipien der politischen Ökonomie* habe er, Mill, sich um eine korrektere Abwägung der Gründe auf beiden Seiten bemüht.

Im Gegensatz zu Spencer und modernen Vertretern einer Minimalstaats-Ideologie argumentiert Mill dort, dass das Laisser-Faire-Prinzip als eine Art Deliberationsregel betrachtet werden müsse und sich der Staat der Eingriffe in die Transaktionen der Gesellschaft zu enthalten habe, solange nicht gewichtige Gründe geltend gemacht werden könnten: „*Laisser-faire*, in short should be the general practice: every departure from it, unless required by some great good, is a certain evil.“ (*Principles*, CW III, S. 945) Mill begründet, was man seinen *deliberativen Beweislationalismus* nennen könnte, in einer Weise, die zentrale Ansichten der Freiheitsschrift bereits vorwegnimmt: Dass Respekt vor der Freiheit und Würde der Einzelnen gebiete, sie nicht durch Anwendung von Zwang von Handlungen abzuhalten, die nur sie selbst betreffen; und dass soziale Handlungen nur dann Gegenstand staatlicher oder gesellschaftlicher Kontrolle werden dürften, wenn dies dazu diene, die Schädigung Dritter abzuwenden (*Principles*, CW III, S. 938) Sofern es nicht der individuellen Freiheit ins Gehege komme, entfalle ein grundsätzliches Bedenken gegen das staatliche Handeln. Dies sei etwa der Fall, wenn der Staat eine Leistung aus Gebühren finanziere, andere Wettbewerber nicht durch Verbot ausschließe und kein Abnahmewang der Leistung bestehe (*Principles*, CW III, S. 939). Zudem nennt Mill eine Reihe von Ausnahmen vom Laisser-Faire-Prinzip, die gegenüber dem Minimalstaats-Liberalismus von Spencer zu einer bedeutenden Ausweitung der legitimen staatlichen Eingriffsmacht führen: Fälle, in denen die Konsumenten unfähig seien, die Qualität einer Leistung zu beurteilen; Fälle, in denen Personen vor der Macht anderer Schutz bedürfen; Fälle, in denen Personen hilfsbedürftig sind, um nur einige zu nennen (*Principles*, CW III, S. 947–971).⁵

⁵ Zu ähnlichen Differenzierungen wie Mill gelangt Henry Sidgwick 1891 in seinen *Elements of Politics* (siehe: Sidgwick 1891, S.121–160).

Wegen seines Abrückens vom konzessionslosen Dogma der Minimalstaatlichkeit, haben die Libertären des zwanzigsten Jahrhunderts in Mill einen philosophischen Wegbereiter des expansiven Staates gesehen. Während Friedrich von Hayeks Haltung nicht frei von Ambivalenzen ist, er Mill aber in *The Constitution of Liberty* (1960) noch überwiegend als großen Liberalen kommentiert, sehen ihn Murray Rothbard und insbesondere Ludwig von Mises als gefährlichen Sozialisten, dessen Einfluss viel verheerender gewesen sei als der von Karl Marx.⁶

Tatsächlich finden sich bei Mill bereits die wesentlichen Aspekte des so genannten *New Liberalism*, der gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts entsteht und zunehmend die politische Agenda bestimmt und der liberale mit demokratischen und sozialistischen Ideen verbindet. Zwar sahen manche seiner aus dem Britischen Idealismus kommende Protagonisten in Mill einen Vertreter des alten Laisser-Faire-Liberalismus. Doch zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass sich der dem Britischen Idealismus zugehörige Thomas H. Green und John Stuart Mill in grundlegenden philosophischen und politischen Fragen einig sind: Beide sind überzeugt, dass Natur und Reichweite staatlicher Verantwortung im Lichte einer perfektionistischen Theorie des Guten zu entscheiden ist; und beide waren davon überzeugt, dass der Staat positive Pflichten hat, um die individuelle Selbstentfaltung zu ermöglichen (Brink 2013, S. 254–255).

1.3 Die Modernität des Werks

Liest man Mills Freiheitsschrift zum ersten Mal, wird einem auffallen, wie aktuell die dort verhandelten Fragen sind, obwohl das Buch vor mehr als 150 Jahren erschien. Diese Modernität ist allerdings vielleicht insofern nicht allzu überraschend, als das Verhältnis zwischen Individuum und Staat beziehungsweise Gesellschaft immer wieder neu ausgehandelt werden muss. Der individuelle Freiheitsspielraum verändert sich in modernen Gesellschaften auch durch technische Veränderungen – denken wir nur an das Internet –, und so werden die Grenzen der Freiheit immer neu gezogen und erstritten. Da Mill bereits die Grundprobleme und Lösungsansätze präsentiert, ist seine Schrift auch heute noch von großer Aktualität und unschätzbarem Wert für eine gelungene gesellschaftliche

⁶ „Ohne gründliches Studium Mill’s (sic.) ist es unmöglich, die Geschichte der beiden letzten Menschenalter zu verstehen. Denn Mill ist der große Anwalt des Sozialismus, alle Argumente, die zugunsten des Sozialismus geltend gemacht werden könnten, sind von ihm mit liebevoller Sorgfalt ausgearbeitet worden. Neben Mill gehalten sind alle übrigen sozialistischen Schriftsteller – auch Marx, Engels und Lasalle – kaum von Belang.“ (Mises 1927, S. 170)

und politische Auseinandersetzung über Wert und Grenzen der individuellen Freiheit.

Das Studium seiner Überlegungen führt dem Leser auch deutlich vor Augen, wo die schwierigen philosophischen Fragen lauern, an denen man sich abarbeiten muss. Vielleicht am deutlichsten treten die Schwierigkeiten in Mills „sehr einfachem Prinzip“ auf, dem sogenannten Schadens- oder Freiheitsprinzip. Dieses lässt eine einzige Begründung für Eingriffe in die individuelle Freiheit zu und erscheint damit maximal freiheitserhaltend:

Dieses Prinzip lautet, dass der einzige Zweck, der die Menschheit berechtigt, vereinzelt oder vereinigt, jemandes Handlungsfreiheit zu beeinträchtigen, der Selbstschutz ist; dass der einzige Zweck, der rechtfertigt, Macht über irgend ein Mitglied einer zivilisierten Gemeinschaft gegen seinen Willen auszuüben, der ist, die Schädigung anderer zu verhüten. Sein eigenes Wohl, das leibliche wie das moralische, ist kein ausreichender Grund dafür. (*Über die Freiheit*, AW 3.1, S. 316; CW XVIII, S. 223–24)

Wie in diesem Band immer wieder zu sehen sein wird, ist dieses grundlegende Prinzip, so einfach und einleuchtend es erscheinen mag, keineswegs frei von schwierigen Interpretationsfragen, insbesondere der immer wieder in der Literatur angesprochenen Frage, was genau denn als Schädigung anderer gelten könne. Hier zeigt sich eine Eigenschaft des Mill'schen Denkens, die manchen Leser frustriert, andere anspornt: seine oft im Vagen verbleibenden Formulierungen, die gleichwohl – oder vielleicht gerade deshalb – eine begriffliche Dynamik entfalten, die zum eigenen Nachdenken anregt. Ein Grund für Mills Vagheit könnte sein, dass er immer bemüht war, die Dinge so klar zu fassen, wie es der Gegenstand eben zuließ und er außerdem ein deutlich praktisches, beziehungsweise politisches Interesse verfolgte. Verengende Formulierungen mögen klarer sein, aber zum einen der Sache nicht angemessen und zum anderen praktische Ziele unterlaufen, da die Zeiten sich ändern. So könnte entsprechend auch sein Schadensbegriff dynamisch verstanden werden, als Chiffre für einen immer wieder im Detail gesellschaftlich auszuhandelnden Grund für Freiheitsbeschränkungen.

Mill ist keineswegs der Meinung, dass eine Gesellschaft, die ausgedehnte Freiheiten gewährt, gegenseitig desinteressierte Individuen hervorbringt, die ihre privaten Interessen verfolgen und andere vollständig „in Ruhe lassen“ müssen – ein verbreitetes Missverständnis seiner Position. Denn Mill geht es um sanktionsbewehrte Eingriffe in die Freiheit – diese gilt es nach dem genannten Prinzip zu beschränken. Dabei schließt er nicht aus, mit anderen auch über deren selbstbezogenes, also für andere nicht schädliches Verhalten (oder für andere nicht schädliche Lebensweisen) zu streiten, beziehungsweise anders auf andere Menschen Einfluss zu nehmen, etwa indem man sie – in letzter Konsequenz –

meidet. Gesellschaftlicher Druck ist Mill keineswegs fremd oder zuwider, aber er will bestimmte Arten der Einflussnahme beschränken, nämlich solche, die tatsächlich Handlungsoptionen nehmen.

Auch hier ergeben sich Interpretationsspielräume, denn inwiefern das gesellschaftliche Ausgrenzen, das Vermeiden einer Person oder das Kritisieren von Lebensweisen nicht ebenfalls wieder als Sanktion und signifikante Freiheitsbeschränkung angesehen werden muss, ist keineswegs von vornherein ausgemacht. Mill selbst redet in diesem Zusammenhang von „natürlichen Strafen“ (*natural penalties*). Erneut sollte Mills Argumentation im Kontext seiner Zeit gesehen werden, alleine schon weil die technischen Möglichkeiten des Anprangerns von Menschen und ihren Lebensweisen sich seit dem Viktorianischen Zeitalter natürlich stark verändert hat. Gleichwohl finden sich in seiner Freiheitsschrift wichtige Hinweise für eine zivile Streitkultur, wie wir das heute wohl nennen würden.

Mill ist häufig missverstanden worden. Wie kaum ein anderer Denker der Philosophie wurde er außerdem unterschätzt. Manchen gilt er als zweitklassischer Philosoph, und es ist auch bezeichnend, dass der hier vorliegende Band erst als 47ter einer Reihe zu klassischen Werken der Philosophie erscheint. Möglicherweise hat die rhetorische Wucht der Freiheitsschrift ihrer philosophischen Akzeptanz speziell im deutschsprachigen Raum tatsächlich geschadet, da dort einer allzu praxisorientierte und gemeinverständlichen Philosophie – die man durchaus im Unterschied zu einer populistischen Herangehensweise sehen muss – mit akademischen Naserümpfen begegnet wird. Im angelsächsischen Sprachraum ist *On Liberty* hingegen Pflichtlektüre für Philosophiestudierende. Hinzu kommt, dass Mill in der Moralphilosophie als Utilitarist bekannt ist, was hierzulande ebenfalls zu einem Reputationsnachteil führt, um es milde auszudrücken.

Häufig wurde Mill vorgeworfen, seine utilitaristische Grundausrichtung sei mit den Gedanken der Freiheitsschrift unvereinbar. Dies ging so weit, dass Interpretieren von zwei Mills sprachen, einem Mill des Utilitarismus und einem des Liberalismus. Gegen diese Aufspaltung wurde er zwar verteidigt, mitunter aber so, dass interessante Formen des Utilitarismus als Teil seines Gedankengebäudes aufgegeben werden mussten. Dies wird wiederum kritisiert und die aktuelle Forschung, insbesondere in Person von Jonathan Riley, verteidigt Mill als einen konsistenten liberalen Utilitaristen. In der Tat ist für Mill die politische Ordnung des Liberalismus bevorzugenswert nicht aufgrund von abstrakten moralischen Rechten, sondern weil sie am ehesten das Glück der Menschen befördert.

Um Mill verstehen zu können, muss man seine Schriften im Zusammenhang studieren. Daher ist zu wünschen, dass in der Zukunft weitere Kommentare zu seinem Werk erscheinen werden und seine Wahrnehmung sich in der deutsch-

sprachigen philosophischen Fachwelt gemäß seiner Bedeutung verändert. Der hier vorliegende Band soll insbesondere einer jüngeren und „unvorbelasteten“ Generation von interessierten Lesern dazu eine interpretatorische Grundlage geben.

Literatur

Brink, David (2013): *Mill's Progressive Principle*. Oxford: Clarendon Press.

Grampp, William (1960): *The Manchester School of Economics*. Stanford: Stanford University Press.

Mises, Ludwig von (1927): *Liberalismus*. Jena: Fischer.

Sigdwick, Henry (1891): *The Elements of Politics*. London: MacMillan.

Spencer, Herbert (1853/1981): „Over-Legislations“. In: *The Man versus The State. With Six Essays on Government, Society, and Freedom*. Foreword by Eric Mack, Introduction by Albert Jay Nock. Indianapolis: Liberty Classics.

Spencer, Herbert (1851/1869): *Social Statics or, The Conditions Essential to Human Happiness specified, and the First of Them Developed*. London; New York: Kelley.